

Jens Bastian

Eine Schicksalswahl macht noch keinen Regimewechsel

Wirtschaftspolitische Herausforderungen der Türkei

Abstract

A Fateful Election Is not yet a Regime Change – Turkey's Economic Policy Challenges

After two decades in office, first as prime minister and subsequently as president, Recep Tayyip Erdoğan secured an unprecedented third term at the helm of Turkey. The socio-economic challenges which the country faces had given the opposition parties a real chance at victory. But they were not decisive at the ballot box. The economic disaffection among many citizens towards Erdoğan did not guarantee success for the opposition alliance against the incumbent. The outcome of the presidential elections was shaped by non-economic issues. The cost of living crisis, currency depreciation and how the government will manage the reconstruction of housing and infrastructure after the devastating 6 February 2023 earthquake present major policy challenges for Erdoğan after his electoral victory.

Jens Bastian, PhD

ist seit Juli 2022 CATS Fellow am Centrum für angewandte Türkeistudien, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Chinas Kapitalexport in die Länder Südosteuropas und deutsch-griechische Wirtschaftsbeziehungen. Er erhielt sein PhD vom European University Institute, Florenz, Italien. Jens Bastian hat in Private Banking gearbeitet und war Mitglied der Task Force Greece der Europäischen Kommission in Athen. Er war zudem an der London School of Economics und am Nuffield College sowie St Anthony's College in Oxford tätig.

Kontakt: jens.bastian@swp-berlin.org

Der Autor widmet diesen Beitrag Kemal Derviş, dem ehemaligen türkischen Wirtschaftsminister, der kurz vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 74-jährig verstarb. 2001 verließ er die Weltbank in Washington, um ein umfassendes ökonomisches Anpassungsprogramm in der Türkei einzuleiten. Von den Konsequenzen dieser Reformen profitierte Recep Tayyip Erdoğan, der 2003 türkischer Ministerpräsident wurde. Der Beitrag wurde fertig gestellt Anfang Juni 2023.

Einleitung

In den frühen Morgenstunden des 6. Februar 2023 wurde die Türkei von zwei Erdbeben der Stärke 7,8 beziehungsweise 7,5 erschüttert, die große Teile der südöstlichen Provinzen des Landes verwüsteten. Die beiden Erdbeben entlang der Ostanatolischen Verwerfung hinterließen eine Spur menschlichen Leids. Die Zahl der Todesopfer in der Türkei überstieg 50.000. Mehr als 15 Millionen Bürger und Bürgerinnen waren von der Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur betroffen. 1,9 Millionen Menschen sind obdachlos und 3,3 Millionen wurden durch die Erdbeben vertrieben. Der Einsturz von Häusern, Krankenhäusern und Straßen sowie die Schäden an Häfen und Flughäfen werden die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Türkei stark beeinträchtigen. Das Ausmaß der Katastrophe stellt andere Erdbeben in der jüngeren Geschichte der Türkei in den Schatten, darunter das Erdbeben von 1999 in Izmit, östlich von Istanbul, bei dem mehr als 18.000 Menschen ums Leben kamen.

Das Erdbeben und seine katastrophalen Folgen hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die für den 14. Mai 2023 angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Sie fanden vor dem Hintergrund massiver organisatorischer Herausforderungen statt. Die Legitimität und Fairness von Wahlen, wenn Millionen von Bürgern und Bürgerinnen so viel verloren haben, stand zur Debatte.¹ Während Wirtschaftsthemen und die Krisenbewältigung nach dem Erdbeben noch in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen eine Rolle spielten, war die Stichwahl am 28. Mai geprägt von Kontroversen über Geflüchtete (aus Syrien) und deren Rückführung. Diese Themenverschiebung und ihre Polarisierung haben entscheidend dazu beigetragen, dass Erdoğan bei einer hohen Wahlbeteiligung von 85,7 Prozent aus der Stichwahl mit 52,18 Prozent siegreich hervorging.² Viele Wähler und Wählerinnen haben das widersprüchliche Krisenmanagement von Präsident Erdoğan nach dem Erdbeben als Anlass genommen, bei den Wahlen gegen ihn zu stimmen. Andere, auch in den Erdbebenprovinzen, haben allerdings loyal zu Erdoğan gehalten. Entgegen den Erwartungen der Oppositionsallianz und den Prognosen ihnen nahestehender Meinungsforschungsinstitute hat die Wechselstimmung im Land nicht die erforderliche Anzahl an Wechselwählerinnen hervorgebracht.

Nicht nur die Oppositionsparteien fragten empört, warum sich die Regierung in Ankara nach den Erfahrungen von 1999 nicht gründlicher auf eine solche Katastrophe vorbereitet hatte. Die Verhängung des dreimonatigen Ausnahmezustands in elf südlichen Provinzen durch Präsident Erdoğan machte die Durchführung von Wahlen und die Auszählung der Stimmen inmitten von Betonbergen zu einer bizarren Erfahrung.³ Außerdem verschaffte er den beiden Regierungsparteien AKP (islamisch-konservativ) und MHP (nationalistisch-rechtsextrem) erhebliche Vorteile, wie die Kontrolle über die Medien oder die Genehmigung öffentlicher Versammlungen. Diesen Startvorteil konnte der Oppositionskandidat Kemal Kılıçdaroğlu trotz erheblicher Anstrengungen nicht wettmachen. Ebenso gelang es

1 Die Fairness der Wahlen, die Sicherheit der Abstimmung, die Unversehrtheit der Wahlurnen, der Zugang zu den Medien und die Organisation von Wahlkundgebungen durch die Oppositionsparteien waren allesamt Themen, die von der OSZE als Wahlbeobachterin kritisch vermerkt wurden. Siehe: OSCE, International Election Observation Mission, Republic of Türkiye, Second Round, Preliminary Conclusions, 28. Mai 2023.

2 Dass Erdoğan in eine Stichwahl gezwungen wurde, war politisches Neuland für den Amtsinhaber. Der Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu erreichte in der Stichwahl 47,82 Prozent. Die Differenz an Wählerstimmen betrug 2,3 Millionen, während es im ersten Wahlgang noch 2,5 Millionen waren.

3 Die Durchführung von Wahlen in den betroffenen Gebieten erforderte einen enormen logistischen Aufwand. Zehntausende von Menschen haben ihre Personalausweise verloren, sind Binnenvertriebene, viele Verwaltungsgebäude wurden zerstört, und die Wählerverzeichnisse mussten aktualisiert werden.

dem Oppositionsbündnis aus sechs Parteien nicht, die entscheidenden Wahlkampfthemen zu bestimmen. Stattdessen änderte Kılıçdaroğlu seinen inklusiven Wahlkampf vor der Stichwahl. Um nationalistische Wählergruppen zu erreichen, gewann populistische Anti-flüchtlingsrhetorik in seinen Reden zunehmend die Oberhand.⁴

Die Krise der Lebenshaltungskosten in der Türkei ist nun mit einer tiefgreifenden humanitären Krise verbunden. Die tektonischen Verschiebungen volatiler Platten könnten weitreichende politische Konsequenzen im ganzen Land auslösen. Beide Krisen zusammen zwingen die türkische Politik, eine allgemeine Neuausrichtung der Entwicklungsprioritäten von Wirtschaft und Gesellschaft zu prüfen. Nach seiner Wiederwahl steht Erdoğan vor der härtesten Herausforderung, seit er vor zwei Jahrzehnten an die Macht kam. Ineffiziente Krisenreaktionen auf Erdbeben hatten frühere Regierungen in der Türkei zu Fall gebracht. Diese Geschichte hat sich 2023 zur Überraschung und Enttäuschung vieler nicht wiederholt. Aber Veränderungen in der türkischen Politik sind nach diesen Wahlen unvermeidlich. Welches Ausmaß diese annehmen werden, dass wird die zweite Jahreshälfte von 2023 zeigen. Im Oktober begeht die Türkei den hundertsten Jahrestag ihrer Republikgründung. Dieses Zieldatum hat Erdoğan im Wahlkampf stets vor Augen gehabt.

Wohlstandsgewinne und -verluste. Die türkische Wirtschaft Anfang 2023

Nach Angaben der Weltbank (2023) war die Türkei im Jahr 2021 die 19. größte Volkswirtschaft der Welt. Ihr jährliches BIP erreichte in jenem Jahr 807 Milliarden USD. Ein Jahr später wuchs die türkische Wirtschaft im Zuge der Erholung nach der Corona-Pandemie und dank der starken Verbraucherausgaben (die durch billige Kredite und die Niedrigzinspolitik der türkischen Zentralbank angeheizt wurden) sowie einer Rekordsaison im Tourismus um kräftige 5,6 Prozent. Das jährliche BIP erreichte 905,5 Milliarden USD.⁵ Obwohl der Verbraucherpreisindex im Oktober 2022 offiziell bei über 85 Prozent lag und im April 2023 immer noch 43,7 Prozent⁶ betrug, wuchsen die Konsumausgaben 2022 um 19,7 Prozent und machten fast 60 Prozent der türkischen Wirtschaftsleistung aus.

Eine weitere wichtige Triebkraft des BIP-Wachstums waren die Exporte, die um 9,1 Prozent stiegen, während die Importe im vergangenen Jahr um 7,9 Prozent zunahmen.⁷ Die Exporte erreichten einen Rekordwert von 254 Milliarden USD. Dagegen stiegen die Importe auf 364 Milliarden USD, ebenfalls ein neuer Höchststand. Das Leistungsbilanzdefizit der Türkei von über 110 Milliarden USD im Jahr 2022 war beispiellos.⁸ Hauptverantwortlich für dieses Defizit waren die Nettoenergieimporte, die im vergangenen Jahr einen Wert von achtzig Milliarden USD erreichten.⁹

4 Vor der Stichwahl kam es zu einer Vereinbarung zwischen Kılıçdaroğlu und der rechtsextremen „Partei des Sieges“ von Ümit Özdağ, der für seine kurdenfeindlichen Ausfälle berüchtigt ist.

5 *Mustafa Sonmez*, Turkey's Economy Grows 5,6% in 2022, but Labor's Income Share Shrinks, 2 Al-Monitor, 8. Februar 2023.

6 Dieser Wert der türkischen Statistikbehörde (TÜİK) wird von einheimischen und internationalen Beobachtern angezweifelt. Die TÜİK ist wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, in ihrer Entscheidungsfindung nicht ausreichend transparent und politisch unabhängig zu sein. Türkische Wirtschaftsforschungsinstitute wie TEPAV errechnen eine tatsächliche monatliche Preisinflation, die näher an 90 als an 40 Prozent ist.

7 Financial Times, Turkish Economy's Growth Driven by Strong Consumer Spending, 28. Februar 2023.

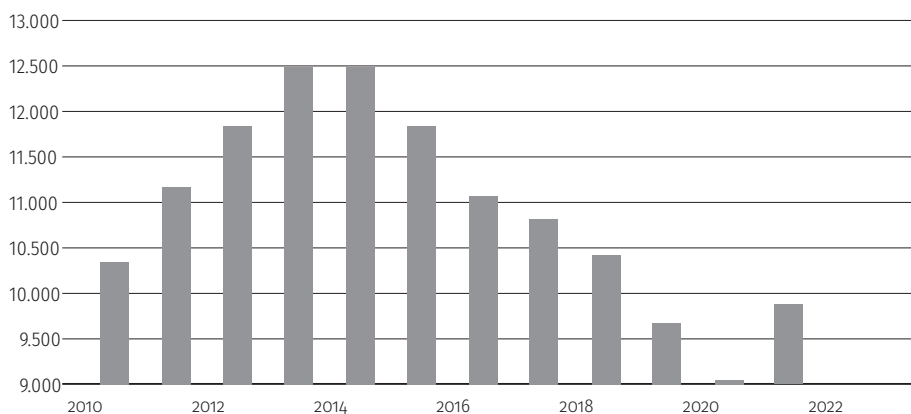
8 Auf vierteljährlicher Basis weist die wirtschaftliche Gesamtleistung der Türkei im Jahr 2022 erhebliche Unterschiede auf. Das BIP-Wachstum erreichte im ersten und zweiten Quartal 7,6 % bzw. 7,8 % und ging im dritten und vierten Quartal auf vier % bzw. 3,5 % zurück.

9 Financial Times, Turkey to Make Inaugural Deliveries from Big Black Sea Gas Discovery, 17. April 2023.

Insbesondere in den beiden Jahrzehnten von 2000 bis etwa Ende 2018 verzeichnete die Türkei kontinuierlich hohe BIP-Wachstumsraten. Konkret lag das jährliche reale BIP-Wachstum zwischen 2002 und 2007 bei durchschnittlich 6,9 Prozent und stieg zwischen 2010 und 2015 auf (durchschnittlich) 7,4 Prozent. Eine wichtige innenpolitische Folge dieser bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklung war die Tatsache, dass sie „das Land in den oberen Bereich der mittleren Einkommensgruppe beförderte“ (sog. „middle-income status“, *Anm. Jens Bastian*).¹⁰

In diesem Zeitraum ging die Armut drastisch zurück, gemessen am türkischen Pro-Kopf-Einkommen, das von 3.115 USD im Jahr 2001 auf über 12.000 USD im Jahr 2015 anstieg (*siehe Fußnote 67*). Das BIP-Wachstum war inklusiv und kam einer wachsenden Zahl von Bürgern und Bürgerinnen im ganzen Land in Form von steigenden verfügbaren Einkommen, Zugang zu Kreditfazilitäten wie Hypotheken, höheren Bildungsmöglichkeiten und massiven Verbesserungen der Infrastrukturanbindung zugute. Als Ergebnis dieses umfassenden sozio-ökonomischen Transformationsprozesses wurde die offensichtliche Erfolgsgeschichte der Türkei von vielen Beobachtenden in Ost und West gelobt. Zahlreiche Länder haben sich damals von der Türkei inspirieren lassen und Ratschläge eingeholt, wie sie ein solches Entwicklungsmodell nachahmen könnten. Das gängige Leitmotiv hieß damals: „Der anatolische Tiger“.

Schaubild 1: **Türkei – GNI Per Capita, 2010 – 2021 (Atlas Methode)**



Quelle: GNI per capita ist das Bruttonationaleinkommen (auf USD-Basis), welches die Weltbank nach der sogenannten Atlas Methode berechnet, siehe World Bank (2023), <https://tradingeconomics.com/turkey/gni-per-capita-atlas-method-us-dollar-wb-data.html>

In der jüngsten Klassifizierung der Weltbank aus dem Jahr 2021 wurde die Türkei mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 9.900 USD als Land mit „mittlerem Einkommen“ eingestuft. Der vierfache Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens zwischen 2001 und 2015 unterstreicht diese Einstufung. Das obige *Schaubild 1* zeigt die signifikanten Einkommensentwicklungen bis zum Höchststand im Jahr 2015, den allmählichen Rückgang danach mit einem Unterschreiten der 10.000-USD-Schwelle im Jahr 2019 und eine Erholung nach der

¹⁰ World Bank, The World Bank in Türkiye, Overview: Development news, research, data, www.worldbank.org/en/country/turkey/overview (Zugriff 30. März 2023).

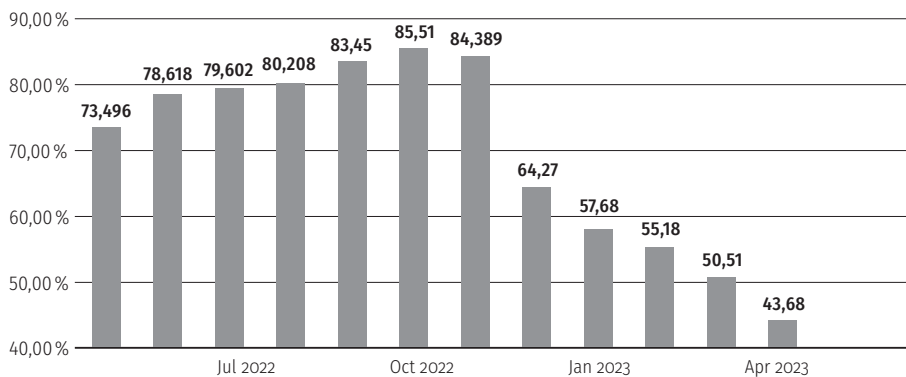
Pandemie im Jahr 2022. Der wirtschaftliche Übergang der Türkei zu einem Status der „oberen mittleren Einkommensgruppe“ kam 2016 abrupt zum Stillstand.

Die Gründe für diesen Umschwung von einer vielgepriesenen Erfolgsgeschichte zu einem zunehmenden Länderrisiko sind vielfältig und Gegenstand öffentlicher Kontroversen. Von den Folgen des gescheiterten Putschversuchs im Juli 2016 über die regionale Dynamik, die sich aus dem Konflikt in Syrien ergibt, bis hin zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und einer „unorthodoxen“ Zinspolitik ist die Liste der Erklärungen und Rechtfertigungen für die jüngsten Entwicklungsprobleme der Türkei lang. Kurz gesagt, die Reaktionen auf das wirtschaftliche Experiment der Türkei haben sich von internationalem Lob zu harten Fragen über wirtschaftliches Missmanagement entwickelt.

Inflationsbekämpfung mit Benzin

Zwei makro-ökonomische Indikatoren spiegeln diese Herausforderungen für Bürgerinnen und Bürger, die sich bemühen, in die obere mittlere Einkommenskategorie aufzusteigen oder dort zu verbleiben, am deutlichsten wider: die steigende Inflation der Verbraucherpreise und der rapide Wertverlust der Landeswährung. Da die Fokussierung auf inländischen Konsum zu einem zentralen wirtschaftspolitischen Ziel unter Präsident Erdoğan wurde, überschritt die jährliche Preisinflation 2017 die Schwelle von 10 Prozent, erreichte 2018 mehr als 16 Prozent, beschleunigte sich 2021 auf 19,6 Prozent und erreichte im Oktober 2022 einen Höchststand von 85,5 Prozent (siehe *Schaubild 2*). Der Rückgang der Preisinflation ab November 2022 ist hauptsächlich auf den Rückgang der Energiepreise seit Mitte 2022 zurückzuführen. Darüber hinaus ist eine statistische Diskrepanz zu berücksichtigen, da die Preise im vergangenen Jahr nach dem Rekordtief der Lira in die Höhe schnellten.

Schaubild 2: **Entwicklung der Preisinflation in der Türkei 2018–2023**

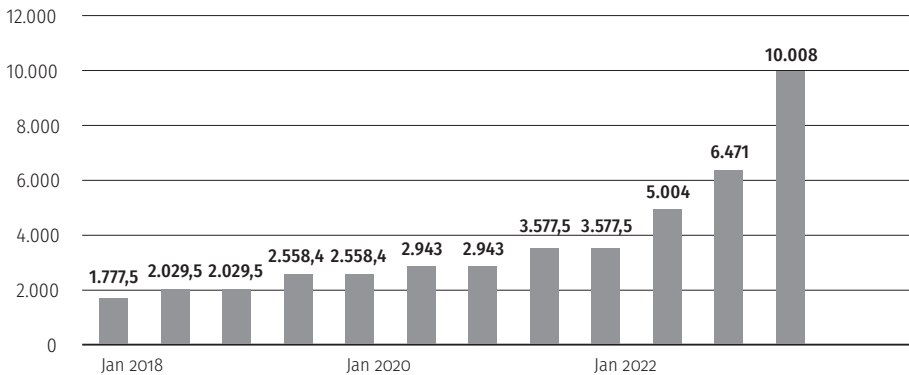


Quelle: <https://tradingeconomics.com/turkey/inflation-cpi> (Mai 2023)

Die in die Höhe schießenden Haushaltspreise machen die früheren Einkommensgewinne von Millionen türkischer Bürger und Bürgerinnen zunichte. Für ein Land mit mittlerem Einkommen verheißt die Tatsache, dass seine Währung in den letzten zehn Jahren neun Zehntel ihres Wertes gegenüber dem USD verloren hat, nichts Gutes für seine

Wirtschaftspolitik.¹¹ Das sozio-ökonomische Erbe der Corona-Pandemie, der anhaltende Preisdruck bei wichtigen Nahrungsmittel- und Energieimporten, ein starker USD und eine konträre Zinspolitik haben die Türkei in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Diese wurden noch dadurch verschärft, dass die Türkei in der Folge von allen drei großen internationalen Rating-Agenturen ihren Investment-Grade-Status verlor.

Schaubild 3: **Entwicklung des Brutto-Mindestlohns in der Türkei 2018–2023**



Quelle: Turkey Gross Minimum Monthly Wage – 2022 Data – 2023 Forecast – 1990–2021 Historical, <https://tradingeconomics.com/turkey/minimum-wages>, in türkischer Lira.

Anstelle von Reallohnzuwächsen und einer Fortsetzung des inklusiven Wachstums stehen ein Verfall der Kaufkraft und die Armutsentwicklung wieder auf der Tagesordnung. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger um den Erhalt ihres hart erkämpften Status sind laut und deutlich zu hören. Präsident Erdoğan hat auf die Herausforderung, den Status der Türkei als Land mit mittlerem Einkommen aufrechtzuerhalten, mit einer Mischung aus wirtschaftlichem Nationalismus reagiert, in dessen Mittelpunkt eine Politik der verordneten Zinssenkungen durch die nominell unabhängige türkische Zentralbank, verschiedene Konjunkturpakete, Vorruhestandsregelungen und wiederholte Ankündigungen von Mindestlohnerhöhungen stehen (siehe Schaubild 3).¹²

Nach einer Intervention des Präsidenten im Dezember 2022 erreichte der monatliche Bruttomindestlohn der Türkei Anfang 2023 Lira 10.008 (USD 536). Der monatliche Nettomindestlohn liegt bei 8.500 Lira (USD 455), was einer 50-prozentigen Erhöhung gegenüber dem im Juli 2022 festgelegten Niveau und einer 94-prozentigen Erhöhung gegenüber Januar 2022 entspricht. Die Maßnahmen zielen darauf ab, die Krise der Lebenshaltungskosten in der Türkei auszugleichen, welche im Oktober 2022 offiziell einen Höchststand von 85,5 Prozent erreichten. Obwohl die Inflation seit November 2022 rückläufig ist, haben die Preissteigerungen der letzten beiden Jahre die Inflation in der türkischen Wirtschaft endemisch

11 Die türkische Ökonomie ist hochgradig dollarisiert. Viele Privathaushalte haben Dollarguthaben als Reservewährung und zahlreiche Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung rechnen in der US-Währung ab. Dies führt zu einer ständigen Nachfrage nach USD und der Notwendigkeit von Geschäftsbanken, diese als Reserve auf Konten zu halten, siehe: Jens Bastian, *The Playbook of „Erdoğanomics“ in 2021 – Unorthodox Policy Experiments in Turkey*, SOM 1 / 2022, S. 21–32.

12 Im Oktober 2022 erklärte Präsident Erdoğan: „Solange dieser euer Bruder [d. h. er selbst, *hinzugefügt durch J. B.*] an der Macht ist, werden die Zinsen weiter sinken.“, siehe: *The Economist*, *The Economy: Into the Unknown*, 21. Januar 2023, Special Report Turkey.

verankert. Sie haben den größten Teil der Einkommensvorteile zunichte gemacht, die durch verschiedene öffentliche Unterstützungsmaßnahmen beabsichtigt waren.

Die wiederholte Erhöhung des Mindestlohns im Jahr 2022 hat Folgen für verschiedene Sektoren der türkischen Wirtschaft. Wenn der Bruttomindestlohn auf über 10.000 TRY ansteigt, wird dies für die türkischen Unternehmen erhebliche Folgen in Bezug auf die Arbeitskosten haben. Nach Angaben der Galata-Chronik (2023) erhalten gegenwärtig 42 Prozent der Beschäftigten in der Türkei den Mindestlohn.¹³ Im Jahr 2017 lag der Anteil noch bei 35 Prozent. Kurz gesagt, die prozentuale Ausweitung des Anteils der Lohnempfänger, die den Mindestlohn erhalten, signalisiert, wie die rasch steigende Preisinflation die verfügbaren Einkommensgewinne der Vergangenheit auffrisst und sich folglich negativ auf die neue Mittelschicht in der Türkei auswirkt. Diese Beobachtung hatte allerdings nicht die von der Oppositionsallianz erwartete Konsequenz, dass Bürger und Bürgerinnen, die Erdoğan in den vergangenen Wahlen aus wirtschaftlichen Gründen gewählt hatten, ausreichend Anlass hatten, ihre Unterstützung zurückzuziehen. An den Wahlurnen sind die Mindestlohnpolitik im Besonderen und die Wirtschaftspolitik im Allgemeinen nicht zur Achillesferse von Erdoğan und seiner AKP-Partei geworden.

Es ist jedoch notwendig, zu differenzieren. Es gibt Unternehmen in Sektoren wie dem Einzelhandel, dem öffentlichen Dienst oder dem Baugewerbe, die Schwierigkeiten haben, eine ausreichende Preissetzungsmacht auszuüben, um wiederholte Mindestloohnerhöhungen an ihre Kunden und Auftraggeber weiterzugeben. Auf der anderen Seite können exportorientierte Unternehmen und die Tourismusbranche, die beide Einnahmen in ausländischer Währung erzielen, solche Lohnerhöhungen verkraften, da sie ihre Mitarbeitenden in türkischer Lira bezahlen (mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen).¹⁴ Darüber hinaus haben viele türkische Unternehmen auch von den sinkenden Rohstoffpreisen im Energiesektor in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 profitiert. Ebenso hat der Einzelhandel durch die Straffung der Geldpolitik *außerhalb* der Türkei einen Silberstreif am Horizont entdeckt, da dies zu einem Abwärtstrend bei den Kosten für importierte Rohstoffe beigetragen hat.

Die Unterbrechung der Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Status eines Landes mit mittlerem Einkommen in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre ist keine wirtschaftliche Verirrung. Zum einen waren die zu Beginn des neuen Jahrtausends erreichten BIP-Wachstumsraten nicht nachhaltig, da ein Großteil dieser Wirtschaftsdynamik mit Aufholfaktoren wie Exportkapazitäten, öffentlichen Investitionsprogrammen und einer wachsenden einheimischen Mittelschicht zusammenhing und auf diese zurückzuführen war.¹⁵ Zweitens sollten die Auswirkungen der Vereinnahmung des Staates auf die Wirtschaft der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch von 2016 nicht unterschätzt werden, auch wenn ihre wirtschaftlichen Folgen schwer zu quantifizieren sind. Wie Adam Tooze¹⁶ gezeigt hat, haben die Abschaffung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz, die Aushöhlung der autonomen Entscheidungsfindung der Zentralbank, die Politisierung des Statistikinstituts und die häufigen Eingriffe in die operativen Kapazitäten der inländischen Geschäftsbanken nach 2016 allesamt ihre Spuren in der türkischen Wirtschaft, ihren Arbeitskräften und ihrer Attraktivität für ausländische Investoren hinterlassen. Die Politisierung der Wirtschaftssektoren

13 Galata Chronicles, The Effect of the Strong Minimum Wage Hike, 15. Januar 2023.

14 Offiziellen Angaben zufolge war das Jahr 2022 ein Rekordjahr für die Tourismuseinnahmen in der Türkei, die sich auf 46,3 Milliarden USD beliefen, was einem Anstieg von 53 Prozent gegenüber 2021 entspricht, siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Türkei verbuchte eines der besten Tourismusjahre, 7. Februar 2023.

15 Şevket Pamuk, The Political Economy of Turkey since the End of World War II, in: Günes Murat Tezcür (Hg.), The Oxford Handbook of Turkish Politics, Oxford University Press 2020, S. 141–158.

16 Adam Tooze, Shutdown – How Covid Shook the World's Economy, Allen Lane, Penguin 2018.

durch den Versuch, nationale Champions in den Bereichen Bauwesen, Rüstungsindustrie, Produktion, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu schaffen, ist in den Analysen von Şevket Pamuk, Ümit Akcay und Ilia Barboutev gut dokumentiert.¹⁷

Die Konzentration politischer Macht im Präsidentenpalast in Ankara nach der Verabschiedung weitreichender Verfassungsänderungen im Jahr 2018 hat diesen dualen Prozess der Zentralisierung und Autokratisierung weiter zementiert.¹⁸ Der Wettbewerb mit der staatlichen, also präsidialen Autorität wurde de jure eingeschränkt und in der Praxis nach dem Verfassungsreferendum im Jahr 2017 und der anschließenden Übertragung von Befugnissen vom Parlament auf einen exekutiven Präsidenten ein Jahr später praktisch abgeschafft. Mit der Entmachtung des Parlaments und dem Rollback der Demokratie in der Türkei kann zwar ein Gesellschaftsmodell mit mittlerem Einkommensstatus und personalisierter Autokratie koexistieren.¹⁹ Allerdings wird es dann immer schwieriger, den dazugehörigen Gesellschaftsvertrag zu erfüllen, nämlich wirtschaftliche Erfolgsgeschichten zu liefern, um autokratische Machtstrukturen aufrechtzuerhalten.²⁰ Dies gilt umso mehr, wenn der Türkei wirtschaftlicher und finanzieller Gegenwind entgegenschlägt, wie dies seit 2016 der Fall ist, gefolgt von der vier Jahre später aufgetretenen Corona-Pandemie.

Im Wirtschaftsjargon gesprochen läuft die Türkei nun Gefahr, in die sogenannte „Falle des mittleren Einkommens“ zu geraten (auf Englisch die sog. „Middle Income Trap“). Diese Klassifizierung wurde erstmals 2006 von Forschenden der Weltbank geprägt. Mit Bezug auf die ostasiatischen Volkswirtschaften wurde der Begriff konzeptionell in die Literatur zur wirtschaftlichen Entwicklung eingeführt.²¹ Die Türkei war weder das erste noch das letzte Land, das in eine solche Falle geriet.²² In einer Falle mittleren Einkommens gefangen zu sein bedeutet, dass das Bestreben der Türkei, die nächste Stufe zu erreichen und sich den Status der sogenannten „Länder mit hohem Einkommen“ zu sichern, mittelfristig verzögert wird, wenn nicht sogar insgesamt scheitert.²³ Eine sogenannte „gefangene“ Wirtschaft (*Trapped Economy*), wie sie von der Weltbank in der Türkei identifiziert wird, weist bestimmte Merkmale auf, welche institutionelle Zwänge erklären und mögliche Ausstiegsoptionen aufzeigen. Zu diesen Merkmalen gehören:

- Die Erhöhung der Sparquote wird von multilateralen internationalen Kreditgebern wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds regelmäßig als praktisches politisches Instrument genannt. Mit Blick auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen

17 Şevket Pamuk, *Uneven Centuries – Economic Development of Turkey since 1820*, Princeton University Press 2018; Ümit Akcay, *Authoritarian Consolidation Dynamics in Turkey*, in: *Contemporary Politics*, Jahrgang 27, No. 1 / 2020, S. 79–104; Ilia Barboutev, *The Case of Turkey: Middle Income Trap or Is it Different This Time?*, *Sen Foundation* 2021, www.sen-foundation.org/case-turkey-middle-income-trap-different-time/ (Zugriff 31. März 2023).

18 Dimitar Bechev, *Turkey under Erdogan – How a Country Turned from Democracy and the West*, Yale University Press 2022, siehe dazu auch die Rezension in *SOM* 2 / 2023, S. 125–126.

19 Michael Thumann argumentiert, dass diese Koexistenz das Ergebnis einer nationalistischen Wende von Erdoğan ab 2015 war, die allerdings nicht aus persönlicher Überzeugung, sondern zur Konsolidierung seiner politischen Macht erfolgte, siehe: *Michael Thumann*, *Revanche – Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat*, C.H. Beck: München 2023, S. 99–100.

20 Yeşim Arat / Şevket Pamuk, *Turkey: Between Democracy and Authoritarianism*, Cambridge University Press 2019.

21 Indermit Gill / Homi Kharas u. a., *An East Asian Renaissance – Ideas for Economic Growth*, World Bank, Washington, DC 2007.

22 Indermit Gill / Homi Kharas, *The Middle-Income Trap Turns Ten*, The World Bank Group, Policy Research Working Paper No. 7403, August 2015.

23 Gregorio Impavido / Uffe Mikkelsen, *Turkey's Recipe to Escape the Middle-Income Trap*, in: *IMF Blog*, 15. Dezember 2014, www.imf.org/en/Blogs/Articles/2014/12/15/turkeys-recipe-to-escape-the-middle-income-trap (Zugriff 31. Januar 2023).

Ausgangsbedingungen in der Türkei – einer abwertenden Landeswährung, einer Inflation von über 40 Prozent und einer Verlangsamung des Wachstums – ist es in der politischen Praxis schwierig, eine Erhöhung der Sparquote von Privathaushalten und Unternehmen zu fordern.

- In den vergangenen fünf Jahren hat die CBRT ihr projiziertes jährliches Inflationsziel wiederholt verfehlt. Die türkische Notenbank strebt für 2023 Preissteigerungen von fünf Prozent an. Ihrer Geldpolitik mangelt es an institutioneller Unabhängigkeit und damit Glaubwürdigkeit, da die Leitzinsen im Wesentlichen durch ein öffentlich vorgetragenes Mandat aus dem Präsidentenpalast in Ankara festgelegt werden. Wiederholt drängte Präsident Erdoğan auf eine Lockerung der Geldpolitik durch Zinssenkungen, trotz rapide steigender Preisinflation. Niedrige Zinsen wurden ebenfalls ideologisch begründet, als Gebot des Islams (gegen Zinswucher) und im Kampf gegen westliche Zinslobbys.
- Wie die Entwicklung in den Jahren 2021 und 2022 zeigt, haben die wiederholten Zinssenkungen der CBRT die wirtschaftliche und finanzielle Anfälligkeit der Türkei erhöht. Die rasche Abwertung der Lira und die anhaltend hohe Inflation von über vierzig Prozent (April 2023) waren ständige Begleiter der erfolgten Leitzinssenkungen, ganz im Gegensatz zu den Zinssenkungen der Zentralbanken in den anderen G-20-Ländern.
- Die Invasion Russlands in die Ukraine hat die institutionellen Abhängigkeiten der türkischen Volkswirtschaft weiter offengelegt. Höhere Energieimportpreise wurden teilweise durch einen stetigen Anstieg der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland zu ermäßigten Preisen (und bezahlt in Rubel Währung) ausgeglichen. Während des Wahlkampfes hat Russland der Türkei Gasrechnungen über 600 Millionen Euro gestundet. Dies hat die Abhängigkeit Ankaras von Moskau offenbart und erklärt die Weigerung der türkischen Regierung, die von der EU und den USA erfolgten Wirtschaftssanktionen gegen Russland mitzutragen.²⁴

Angesichts dieser Kombination aus institutionellen, politischen und internationalen Zwängen ist die Türkei gegenwärtig nur begrenzt in der Lage, jenen Sprung zu schaffen, der erforderlich wäre, um sich für eine sogenannte „Volkswirtschaft mit hohem Einkommen“ (High-Income Economy) zu qualifizieren. Zwar wächst die Wirtschaft des Landes weiterhin (nominal) und übertrifft (auf Jahresbasis) oft viele der G-20-Länder. Gleichwohl führen diese Wachstumsimpulse nicht mehr dazu, dass die Türkei die nächste Stufe der Einkommensschwelle erreicht. Innenpolitische Entwicklungen und internationale wirtschaftliche Herausforderungen hinterlassen seit Jahren in der Türkei ihre Spuren. Viele Menschen können ihren Traum vom Eigenheim nicht mehr verwirklichen. Andere (vor allem junge Menschen) kämpfen mit der schwierigen Entscheidung, ob sie im Land bleiben oder es verlassen sollen. Stagnierende oder sinkende verfügbare Haushaltseinkommen sind für viele türkische Bürger und Bürgerinnen Alltagsrealität geworden.

Zudem werden die verheerenden Erdbeben vom 6. Februar 2023 erhebliche Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung der Türkei haben. Das Ausmaß der Zerstörung betrifft eine ökonomisch marginalisierte Region im Südosten des Landes. Das Pro-Kopf-Einkommen in den 11 Provinzen war deutlich niedriger als im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor in der westlichen Marmara-Region, die sich über Istanbul hinaus

24 Die Regierung in Ankara hat wiederholt behauptet, dass sie sich an die von der UN beschlossenen Sanktionen gegen Russland halten würde, allerdings die weitergehenden Sanktionspakete der USA und der EU gegen Moskau ablehnt.

erstreckt. Auf die betroffenen Provinzen entfielen zehn Prozent des BIP, 8,6 Prozent der Exporte und 16,4 Prozent der Gesamtbevölkerung der Türkei.²⁵ Mehr als drei Millionen Menschen sind obdachlos geworden. Viele von ihnen sind gezwungenermaßen in andere Landesteile der Türkei gezogen.

Der mehrjährige katastrophengebundene Wiederaufbau von Wohnungen, Stromnetzen und der Verkehrsinfrastruktur wird sich unmittelbar auf die Finanzpolitik der Zentralregierung auswirken. Ein niedriges Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um knapp drei Prozent scheint das wahrscheinlichste Szenario für 2023 zu sein. Ohne teure Stützungskäufe durch die türkische Zentralbank wird sich die Abwertung der Landeswährung fortsetzen.²⁶ Ihre Währungsreserven sind mittlerweile so tief gefallen, dass sich die Frage stellt, woher die Mittel kommen werden, um weitere Stützungskäufe zu finanzieren. Die Golfstaaten, Russland oder China sind dazu nicht unbegrenzt bereit. Den Wertverfall der türkischen Lira aufzuhalten wird dann allerdings in der Praxis unmöglich. Der Ruf nach internationaler Finanzhilfe, einschließlich der (von Präsident Erdoğan bisher abgelehnten) IWF-Kredite, wird zunehmen. Ausländische Investoren werden ihrerseits die Sicherheit bestehender oder geplanter Projekte in der Türkei neu bewerten. Die Erdbebenprävention ist jetzt ein Thema der öffentlichen Debatte in der lokalen Geschäftswelt und unter den internationalen Investoren in der Türkei.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurde ein wachsender Teil der türkischen Wirtschaft vornehmlich durch den Bausektor angetrieben. Der Bauboom hat jedoch klientelistische Netzwerke zwischen der Zentralregierung, den lokalen Behörden und Bauunternehmen geschaffen. Eine laxe Durchsetzung der Bauvorschriften, gepaart mit kommunaler Korruption und wiederholten Bauamnestien, kennzeichneten diese Netzwerke türkischer Vetternwirtschaft.²⁷ Angesichts der Tatsache, wie viele alte und wie leicht selbst neu gebaute Häuser in den betroffenen Provinzen mit tödlichen Folgen einstürzten, fragten sich die Bürger und Bürgerinnen im ganzen Land, wo die 44 Milliarden Euro geblieben sind, die sie nach der Einführung einer Erdbebensteuer im Jahr 1999 bezahlt haben. Die mangelnde Transparenz der Steuerverwendung, die zur Förderung erdbebensicherer Baumaterialien und lokaler Planungsvorschriften erhoben wurde, ist wiederholt kritisiert worden.²⁸ Nach der schlimmsten Erdbebenkatastrophe seit fast einem Jahrhundert steht die Türkei vor einer wirtschaftlichen Zäsur mit erheblichen politischen Auswirkungen.

25 Für einen informativen Überblick siehe den von der türkischen Regierung in Kooperation mit der Europäischen Kommission und den Vereinten Nationen erarbeiteten Bericht: Türkiye Earthquakes Recovery and Reconstruction Assessment, 17. März 2023, www.sbb.gov.tr/turkiye-earthquakes-recovery-and-reconstruction-assessment/ (Zugriff 21. März 2023).

26 Nach Angaben von Bloomberg Economics (26.5.2023) hat die türkische Notenbank in den vergangenen 16 Monaten mehr als 177 Milliarden USD zur Stützung der Landeswährung ausgegeben.

27 Solche Amnestien wurden regelmäßig vom Parlament in Ankara gebilligt, auch mit Unterstützung von Oppositionsparteien. Die letzte wurde 2018 vor den Parlamentswahlen verabschiedet. Die Amnestien waren bei vielen Wählerinnen und Wählern beliebt (und erwartet worden). Sie konnten damit ihre nicht genehmigten Immobilien oder Hauserweiterungen registrieren.

28 *Bülent Mumay*, Die Erschütterung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 2023.

Was müsste wirtschaftspolitisch nach den Wahlen in der Türkei geschehen?

Auffallend oft ist in den vergangenen Monaten in der Türkei und in der internationalen Berichterstattung über das Land von einer „Schicksalswahl“, einer „historischen Wahl“ oder der „Richtungswahl“ gesprochen worden. Dabei ist häufig suggeriert worden, dass es nur im Falle eines Wahlsieges der Oppositionsallianz zu wichtigen Richtungsänderungen kommen würde. Diese Sichtweise ist fehlerbehaftet. Mit Blick auf Wirtschaft und Gesellschaft gibt es Strukturprobleme in der Türkei, die unabhängig vom Wahlausgang bearbeitet werden müssen. Diese Probleme bestehen auch schon länger als fünf Jahre, als die letzte Präsidentschaftswahl in der Türkei stattfand. Auch damals wurde übrigens von einer „Schicksalswahl“ gesprochen.

Der Wahlkampf 2023 in der Türkei hat veranschaulicht, was auf dem Spiel steht und wie Regierungs- und Oppositionsparteien darauf reagieren würden. Die wichtigsten Themen waren zunächst die Wirtschaftskrise und die Folgen der Erdbebenkatastrophe. Im Vorfeld der Stichwahl zur Präsidentschaft verschoben sich die Schwerpunkte hin zu der Rückführung von Geflüchteten (insbesondere 3,5 Millionen Menschen aus Syrien) und die Erosion beziehungsweise Wiederherstellung demokratischer Freiheiten (Religionsfreiheit, Medienfreiheit, Versammlungsrecht, Unabhängigkeit der Justiz).

Wenn die Wahl am 14. Mai 2023 als „Referendum“ über die Amtszeit Erdoğan's titulierte wurde, dann hat das Folgen für große Wählergruppen, die in den vergangenen Jahren für die AKP Erdoğan's gestimmt haben. Für diese Wähler und Wählerinnen wurden damit Identitäten angesprochen, die es zu verteidigen galt. Hier kommt ein wichtiges gesellschaftliches und wirtschaftspolitisches Element zum Vorschein. Viele Menschen in der Türkei haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch aus ökonomischen Gründen Erdoğan und die AKP gewählt. Sie sind Bürger und Bürgerinnen, die erkennbare Wohlstandserhöhungen erhalten haben, etwa Zugang zu finanzierbaren Immobilienkrediten, eine Hochschulausbildung für ihre Kinder, eine funktionierende Wasser- und Elektrizitätsversorgung des Dorfes oder Stadtteils, ein radikal verändertes Transportinfrastrukturnetzwerk in der Türkei, Zugang zu funktionierender Gesundheitsversorgung, sowie spürbare Lohnzuwächse.

Diese Wohlstandsgewinne sind in den vergangenen fünf Jahren für viele Angehörige der „neuen Mittelschicht“ verloren gegangen. Die Stichworte sind Währungsabwertung, Preisinflation, Arbeitslosigkeit, wiederkehrende Armutsentwicklung und unsichere Zukunftsaussichten. Damit könnte angenommen werden, dass die ökonomischen Gründe, abermals für die AKP und Erdoğan zu stimmen, entfallen. Wie die erste Runde der Präsidentschaftswahl am 14. Mai 2023 gezeigt hat, und die Stichwahl zwei Wochen später bestätigte diesen Befund, haben viele Wähler und Wählerinnen trotz dieser wirtschaftlichen Ausgangslage weiterhin für Erdoğan und die AKP gestimmt.²⁹ Der Wählerzuspruch in der türkischen Gesellschaft zugunsten Erdoğan's erfolgte trotz wirtschaftlicher Alltagssorgen. Multiple Krisen, welche die Beobachter außerhalb der Türkei als wichtig ansahen, waren offensichtlich nicht die entscheidenden Krisenfaktoren für viele Wählergruppen in der Türkei. In diesem Sinne kann in der Tat von einer Richtungswahl gesprochen werden, aber anders als es die Oppositionsallianz mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung formulierte.

29 Es wird häufig außerhalb der Türkei unterschätzt, was für eine Mobilisierungsfähigkeit die AKP als Parteiorganisation besitzt. Sie umfasst mehr als 11 Millionen (!) Mitglieder, während die größte Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei) etwas mehr als 1,3 Millionen aufweist. Etwa 20 Prozent der türkischen Wahlberechtigten sind Mitglied der AKP. Siehe *Turkey Supreme Court*, 24. Mai 2023, zitiert aus Adam Tooze, Chartbook 28. Mai 2023.

Was stellte Präsident Erdoğan in den Vordergrund seiner Wahlkampagne? Zum einen die Produktion des ersten Elektroautos (TOGG) in der Türkei. Zum anderen die Einweihung des ersten Flugzeugträgers, ebenfalls in der Türkei hergestellt. Die persönliche Einweihung des ersten Atomkraftwerks der Türkei in Akkuyu in der Nähe der Küstenstadt Mersin musste Erdoğan allerdings krankheitsbedingt absagen. Der Nuklearreaktor wurde von dem russischen staatlichen Unternehmen Rosatom gebaut und finanziert. Rosatom besitzt das Betreiberrecht für 20 Jahre. Die russisch-türkische Atomkraftkooperation wurde 2010 vereinbart und beläuft sich auf 20 Milliarden USD.³⁰ Schließlich erfolgte die Einweihung eines On-Shore-Erdgashafens in der nordtürkischen Provinz Zonguldak, bei der Präsident Erdoğan versprach, nach den Wahlen Privathaushalte für einen Monat kostenlos mit Erdgas zu versorgen. Die Kombination von Elektroauto, Atomkraft, Flugzeugträger und Erdgasversorgung verdeutlicht, wie Erdoğan mit den Themen Modernisierung und Autonomie der Türkei zu punkten versuchte. Die vielen Alltagssorgen der Zivilgesellschaft wurden durch Erdgasgeschenke, Mindestloohnerhöhungen und Frühpensionierungen ruhigestellt.

Dagegen hatte die Sechs-Parteien-Oppositionsallianz ein umfassendes Wahlprogramm vorgelegt, welches bis in kleinste Details darlegte, was sich alles in welchen Bereichen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ändern sollte. Die programmatische Tiefe des Programms stellte politisches Neuland dar. Trotz inhaltlicher Differenzen hat dieser „Sechsertisch“ eine tiefgreifende Bestandsaufnahme des tatsächlichen finanzpolitischen Handlungsspielraums vorgenommen. Den beteiligten Parteien war klar, dass die Neuverschuldung im Zentralhaushalt durch die zahlreichen Wahlgeschenke der vergangenen Monate erheblich ansteigen würde. Die neue AKP-geführte Regierung und Präsident Erdoğan werden ihrerseits nicht um die Verpflichtung herumkommen, einen Kassensturz vorzunehmen, nicht zuletzt, um die Ausgabenerfordernisse beim Wiederaufbau des Erdbebengebiets zu berücksichtigen. Dabei wird es unweigerlich zu Kontroversen kommen, die politisch riskante Entscheidungen nötig machen.

Von daher kann es ein „Weiter so“ (*business as usual*) nicht geben. Eine fortgesetzte Abwertung der türkischen Lira (insbesondere gegenüber dem USD) würde die türkische Zentralbank vor erhebliche Probleme stellen. Bereits im vergangenen Jahr und im ersten Quartal 2023 hat sie in Abstimmung mit dem Finanzministerium wiederholt mit Stützungsmaßnahmen interveniert. Diese Währungsinterventionen haben die Lira zeitweilig stabilisiert, aber die Fremdwährungsreserven und Goldbestände der Zentralbank signifikant reduziert.³¹ Insbesondere exportorientierte Firmen beklagen seitdem, dass die künstliche Stützung der Landeswährung ihre Geschäftspraxis erschwert und die Waren unverhältnismäßig verteuert.

Mit Blick auf die Preisinflation bleibt zu befürchten, dass Sahap Kavcıoğlu, der Notenbankgouverneur, auf Weisung von Präsident Erdoğan die Niedrigzinspolitik vorerst fortsetzen wird. Seit Februar 2023 liegt der Leitzins bei 8,5 Prozent. Auch wenn die Preisinflation zuletzt rückläufig war (sie betrug im April 2023 offiziell 43,7 %), wäre die Zentralbank dringend aufgefordert, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegenzusteuern. Dies setzt allerdings voraus, dass die Institution ihre de facto Unabhängigkeit zurückbekäme und die Zinspolitik nicht aus dem Präsidentenpalast in Ankara gesteuert wird.

Unter einem wiedergewählten Präsidenten Erdoğan sind diese institutionellen Voraussetzungen vorerst nicht zu erwarten. Es ist aber mittelfristig keineswegs ausgeschlossen, dass

30 Durch die plötzliche Erkrankung konnte Erdoğan die Zeremonie nur per Video aus dem Präsidentenpalast verfolgen und online ein Grußwort sprechen. Präsident Putin war ebenso aus Moskau zugeschaltet.

31 Alan Beattie, Erdoğan's Monetary Misadventures are Pushing Turkey off Course, in: Financial Times, 24. Mai 2023.

die Niedrigzinspolitik bei anhaltender Preisinflation und schwindender Kaufkraft zunehmend unter Rechtfertigungsdruck gerät. Internationale Devisenmärkte werden etwaige Beschlüsse in der Fiskal- und Zinspolitik aufmerksam verfolgen. Die Auswirkungen auf den seit Jahren stattfindenden Werteverfall der türkischen Lira kann einem wiedergewählten Präsidenten Erdoğan nicht mehr gleichgültig sein. Ignoriert er trotz alledem solche Signale, werden Kapitalmärkte reagieren, Ratingagenturen die Bonitätseinstufung türkischer Staatsanleihen überdenken und die einheimische Nachfrage nach Fremdwährungen zur Absicherung steigen.

Ausblick

Die politische und institutionelle Autokratisierung des Systems Erdoğan ist in den letzten zwanzig Jahren weit vorangeschritten. In diesem System werden zunehmend Widersprüche und Erschöpfungstendenzen sichtbar. Die ökonomischen Herausforderungen sind vielfältig. Viele ihrer Ursachen reichen Jahre zurück. Das Erdbeben vom Februar 2023 hat dies auf tragische Weise erneut ausgeleuchtet. Präsident Erdoğan wird in zentralen Politikfeldern seines Wirtschaftskurses Weichenstellungen vornehmen müssen, die sich sowohl nach innen als auch auf das Außenbild des Landes auswirken werden. Während es ihm gelang, die dramatische Wirtschaftslage im Wahlkampf in den Hintergrund zu drängen, oder externe Faktoren dafür verantwortlich zu machen, sind die Ursachen der Wirtschaftskrise und deren Folgen nach seinem Sieg keineswegs verschwunden. Dazu gehören:

- Die neue Regierung muss ihr künftiges Verhältnis zur EU definieren. Will sie weiterhin als Beitrittskandidat gelten? Soll mit Brüssel ergebnisoffen über eine Erweiterung der Zollunion verhandelt werden? Die Beantwortung dieser beiden Fragen wird auch davon abhängen, inwieweit die EU selbst und einzelne Mitgliedsländer bereit sind, ihrerseits auf die Türkei zuzugehen. Aufgrund der Vorgeschichte wird dies unter einem Präsidenten Erdoğan schwierig werden. Gleichwohl sind Kooperationsangebote aus Brüssel, Berlin und Athen Richtung Ankara notwendig, aber mit Konditionalität zu verbinden. Ein dazugehöriges Themenfeld betrifft die umstrittenen Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer.
- Bei der Vergabe von Finanzhilfen der EU und der Europäischen Investitionsbank (EIB) für den Wiederaufbau der erdbebengeschädigten 11 Provinzen wird großer Wert auf transparente Ausschreibungen, die Einhaltung von Baustandards und die Bekämpfung von endemischer Korruption bei der Projektvergabe zu legen sein. Die türkische Regierung muss sich entscheiden, wie sie mit EU-Institutionen zusammenarbeiten will. Letztere werden sich gegen die etablierten Netzwerke des business as usual stellen.
- Die deutsch-türkischen Handelsbeziehungen sind von solchen Gegenwinden bisher kaum betroffen. Der bilaterale Warenaustausch beläuft sich auf über 54 Milliarden USD. Die Türkei exportierte 2022 Waren für 25,9 Milliarden USD nach Deutschland, der Spitzenplatz auf der Exportskala. Bei den Importen sieht das Bild etwas anders aus. Deutschland liegt nach China und Russland auf Rang drei, mit einem Volumen von 28,6 Milliarden USD. Deutsche Finanzinvestoren haben sich weitgehend aus der

Türkei zurückgezogen. Die Risiken im Lira-Euro Wechselkurs und der ständige Abwertungsdruck bremsen vorerst eine Ausweitung der Handelsbeziehungen.³²

- In der Außenwirtschaftspolitik wird die neue Regierung in Ankara verstärkt von der EU und der US-Administration aufgefordert werden, sich den erweiterten Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Brüssel erwägt die Ausweitung von Strafmaßnahmen und möchte nicht nur einzelne Unternehmen, sondern neuerdings Drittstaaten mit Sanktionen belegen. Dazu gehören Usbekistan, Kasachstan, China und die Türkei. Eine Umgehung der Sanktionen durch die Türkei, etwa bei Energielieferungen aus Russland und dem Export von elektronischen Bauteilen nach Russland würde Sekundärsanktionen provozieren, zu denen vor allem die USA bereit sind. Eine fortgesetzte Nichtbeachtung seitens der türkischen Regierung würde ebenso den vorläufigen Kompromiss über die Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen im US-Kongress in Frage stellen. Die nationalistische Rhetorik Erdoğan's und die Betonung der geopolitischen Relevanz der Türkei wird einen pragmatischen Richtungswechsel in der Sanktionspolitik erschweren.
- Schließlich wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik daraufhin zu bewerten sein, ob sie gesellschaftlichen Konsens herstellt oder die Polarisierung der Mitbürger fortsetzt. Viele Menschen, die der Oppositionsallianz ihre Stimme gegeben haben, blicken frustriert auf jene Mehrheit, die trotz anhaltender wirtschaftlicher Probleme Erdoğan loyal wiedergewählt haben. Eine staatlich gelenkte Modernisierung, die selektiv ist und bestimmte Wirtschaftssubjekte begünstigt, wird die gesellschaftlichen Gräben weiter vertiefen. Es kann nicht im Interesse des Amtsinhabers sein, dass die Landeswährung nach seinem Wahlsieg historische Tiefstände erreicht. Eine inklusive Wirtschafts- und Finanzpolitik muss die Stabilisierung der türkischen Lira und Inflationsbekämpfung zum Ziel haben. Wie beides ohne Zinserhöhungen und Kapitalverkehrskontrollen erreicht werden soll, bleibt im Umkreis Erdoğan's rätselhaft. Ohne Klärung dieser fundamentalen Angelegenheit werden immer mehr Menschen, einschließlich Erdoğan-Wählerinnen und -wähler, in die Reservewährung USD oder in den Stabilitätsanker Gold flüchten.

Der Wahlkampf der vergangenen Monate hat auf eindrückliche Weise gezeigt, dass es in der Türkei eine intensive Debatte darüber gibt, in welche Richtung sich Wirtschaft und Gesellschaft bewegen (sollen). Diese Kontroversen werden sich fortsetzen. Die Säkularisierung und Urbanisierung der Türkei, die Modernisierung der Gesellschaft, die Integration der Ökonomie in Digitalisierung, die fortschreitende Anbindung ihrer Wirtschaftssektoren an globale Handels- und Lieferketten sind allesamt Prozesse, die den Strukturwandel des Landes über Erdoğan hinaus prägen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in 2023 haben allerdings unterstrichen, wie gespalten die türkische Gesellschaft ist und wie entsprechend polarisiert sie auf diesen Strukturwandel reagiert. Präsident Erdoğan hat diese Bruchstellen in Wirtschaft und Gesellschaft im Wahlkampf mobilisiert. Die Art und Weise, wie sein Wahlsieg durch polarisierenden Nationalismus errungen wurde, kann gravierende Folgen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft haben. Für die Stabilität und Zukunftsperspektiven der Türkei beginnt seine dritte Amtszeit als Präsident mit einer schweren Hypothek.

32 Siehe für Importe aus der Türkei: Germany Imports from Turkey – 2023 Data 2024 Forecast 1991–2022 Historical (tradingeconomics.com) und für Exporte in die Türkei: Germany Exports to Turkey – 2023 Data 2024 Forecast 1991–2022 Historical (tradingeconomics.com).